

MEDIENINFORMATION

ÄRZTESCHAFT WARNT VOR ELGA! Aufklärung der Patienten geboten!

Die Ärztekammer für Burgenland spricht sich vehement gegen den vom Bundesministerium für Gesundheit erstellten ELGA-Gesetzesentwurf, der am 15.11.2011 in den Ministerrat eingebracht werden soll, aus, da der vorliegende Entwurf nicht praxistauglich ist und weitere Entwicklungsarbeit notwendig ist. "Es ist ein Wahnsinn, was das Bundesministerium hier vor hat. Das Pilotprojekt e-Medikation, welches ein wesentlicher Teil von ELGA ist, ist noch nicht einmal evaluiert, und nun soll, ohne dass man weiß, was das bringt, überhastet ein Gesetzesbeschluss gefasst werden. Hier werden Hunderte Millionen letztendlich in den Sand gesetzt werden - Gelder, die wesentlich sinnvoller in einen Ausbau der Gesundheitsversorgung investiert werden könnten", kritisiert Präs. Dr. Lang.

Datensicherheit nicht gewährleistet

Bei der Elektronischen Gesundheitsakte (ELGA) sollen Ärzte hinkünftig verpflichtet werden, die gesamten Gesundheitsdaten des Patienten auf einen zentralen Server zu übertragen. "100.000 Personen werden dann legal Zugriff auf die Daten im Internet haben. Dass darüber hinaus dem illegalen Datenmissbrauch damit Tür und Tor geöffnet wird, liegt auf der Hand. Wir brauchen uns nur die letzten Hacker-Attacken sowie den Tiroler Gebietskassenfall vor Augen führen - dabei ist es aber Gott sei Dank nicht um sensible Gesundheitsdaten gegangen. Künftig muss jeder damit rechnen, dass sein Krankenakt plötzlich im Internet steht. Den Beteuerungen der Politik, dass das System sicher sein wird, ist kein Glauben zu schenken, weil es diese hundertprozentige Sicherheit einfach nicht gibt", so Dr. Kornfeind, Sprecher der niedergelassenen Ärzte.

Patienten und Ärzte werden zwangsverpflichtet - Ärzteschaft wird Patienten informieren

Ohne die Bevölkerung zu informieren, sollen jetzt überhastet die Gesetzesbeschlüsse zu ELGA gefasst werden. Dass dabei von der Politik bewusst von der europäischen Datenschutzrichtlinie sowie dem österreichischen Datenschutzgesetz abgewichen wird, ist der nächste höchst verwunderliche Punkt. "Alle ausgewiesenen Datenschutzexperten bestätigen, dass die Teilnahme für Patienten nur auf freiwilliger Basis (opt in-Regelung) zulässig ist. Nur der Bundesminister sieht das anders: Alle Patienten werden automatisch Teilnehmer von ELGA und müssten aktiv widersprechen! Darüber werden die Österreicher von der Politik aber nicht informiert, deswegen werden wir diese Aufgabe übernehmen", so Lang.

Ärztliche Verschwiegenheitspflicht wird ausgehöhlt

Die ärztliche Verschwiegenheitspflicht ist ein wesentlicher Eckpfeiler in der Arzt-Patienten-Beziehung. Nach dem Gesetzesentwurf ist es damit vorbei: Der Arzt muss ja alles in ELGA eingeben - ELGA ist also ständig dabei. "Das Arzt-Patientenverhältnis, das auf Vertrauen aufbaut, wird damit untergraben", kritisiert Kornfeind.

Keine Kosten-/Nutzenrechnung

"Der Wahnsinn beim Vorgehen des Bundesministeriums besteht darin, dass es für das gesamte Projekt keine valide Kosten-/Nutzenrechnung gibt. Hier werden Hunderte Millionen für etwas ausgegeben, wo man nicht einmal weiß, ob ELGA etwas bringt", ist Lang empört. "Nicht einmal die Ergebnisse des Pilotprojektes E-Medikation, welches derzeit läuft, sollen abgewartet werden. Es läuft wie immer nach dem Motto: Zahlt eh der Steuerzahler! Empörend ist auch, dass den Ländern bewusst falsche Zahlen präsentiert werden und diese blind in eine Kostenfalle laufen. Denn die Länder werden die zu erwartenden exorbitant hohen laufenden Kosten tragen müssen."

Ärztenschaft für sinnvolle Lösung

Die Ärzteschaft hat dem Bundesministerium ihre Bedenken und Einwände geäußert. Darüber ist mit uns nicht einmal diskutiert worden. "Zunächst müssen die Fakten auf den Tisch. Das e-Medikationsprojekt ist zu evaluieren. Aus diesen Erkenntnissen sind die richtigen Schlüsse zu ziehen und der Gesetzesentwurf zu adaptieren. Wir unterstützen selbstverständlich alle elektronischen Maßnahmen, die für unsere Patienten die Möglichkeit einer Verbesserung der Behandlungs- und Betreuungsqualität mit sich bringen", so Kornfeind. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass - so wie in anderen Ländern auch - es ausschließlich der Patient und sein behandelnder Arzt in der Hand hätten, wem der Patient oder der Arzt wann und welchen Befund schicke. Nur so sei der Fortbestand der ärztlichen Verschwiegenheit auch in Zukunft gewährleistet.

Weiters darf es aber zu einem nicht kommen – noch weniger Zeit für den Patienten. „Schon derzeit sind wir mit administrativen Arbeiten überhäuft, sodass leider immer weniger Zeit für die Patienten bleibt. Es kann und darf nicht sein, dass wir noch mehr in den PC schauen müssen und dadurch der Patient auf der Strecke bleibt“, so Kornfeind abschließend.

Eisenstadt, 11.11.2011